



Profiteure der Krise zur Kasse!

Ein Schutzschirm für Löhne, Renten und Sozialleistungen statt Rettungsschirme für Banken.

DIE LINKE.

Die Euro-Rettung ist in Wahrheit eine Banken-Rettung

Drei Jahre nach dem Zusammenbruch der Lehmann-Bank wird im Finanzcasino wieder ungeniert spekuliert. Staaten wie Griechenland stehen vor dem Kollaps, der Euro-Raum droht auseinanderzubrechen. Hektisch werden immer neue Rettungsschirme aufgespannt. Sie heißen EFSF, EFSM oder ESM und sollen angeblich verschuldeten Ländern wie Griechenland helfen. Doch gerettet werden dadurch in erster Linie Großbanken und internationale Finanzfonds, die sich verzockt haben. So wird das Krisenmanagement der Regierung Merkel immer teurer. Und SPD und Grüne stimmen zu. Die Bürgerinnen und Bürger hingegen warten vergeblich auf eine Garantie für ihre Löhne, Renten und Sozialleistungen.

Die Banken zocken – Bürgerinnen und Bürger sollen zahlen

Immer mehr Länder sind inzwischen den Finanzmärkten ausgeliefert. Dort entscheiden wenige Investmentbanker über die Zinsen, die Staaten für ihre Kredite zu zahlen haben, und fordern zum Teil Wucherzinsen von bis zu 25 Prozent. Oder sie wetten auf die Pleite ganzer Staaten. Läuft alles gut, fließen Boni und Dividenden. Geht etwas schief, haften die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Die Profiteure dieses Systems werden immer reicher. So ist die Zahl der Millionäre in Deutschland trotz Krise im Vergleich zu 2007 weiter angestiegen.

Wege aus der Euro-Krise – Profiteure zur Kasse

DIE LINKE schlägt als Ausweg aus der Euro-Krise ein umfassendes Aktionspaket vor:

■ Wer die Staatsfinanzen sanieren möchte, muss die Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse bitten. Dazu braucht es eine europaweite Vermögensabgabe, eine Steuer auf alle Finanzmarkttransaktionen und eine echte Bankenabgabe.

■ Die Staaten sind aus der Geiselhaft der Finanzmärkte zu befreien. Die Versorgung der Staaten mit Krediten muss auf eine öffentliche europäische Bank übertragen werden, um das Geschäft mit Wucherzinsen zu unterbinden.

■ Spekulative und hoch riskante Finanzgeschäfte gehören verboten, die Banken unter demokratische Kontrolle gestellt.

■ Deutschland muss seine Niedriglohnpolitik beenden, denn das deutsche Lohndumping ist eine der tieferen Ursachen der Euro-Krise.

■ Europa braucht ein europäisches Konjunkturprogramm, insbesondere für die Krisenstaaten. Nur so kann unsere Wirtschaft wieder in Schwung kommen.

Jetzt selbst aktiv werden!

Der weltweite Protest gegen die Diktatur der Finanzmärkte wächst. DIE LINKE unterstützt diese Proteste. Mischen auch Sie sich ein! Fordern Sie weitere Informationen an und machen Sie mit.

- Ich möchte weitere Informationen.
- Bitte informieren Sie mich über Aktionen in meiner Nähe.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 92 75, Fax: 030/24 00 94 80
info@die-linke.de, www.die-linke.de